Dr. Karl Krückl, MA PLL.M (Medical Law)

***Rechtsanwalt, Anwaltspartnerschaft Dr. Karl Krückl, Dr. Kurt Lichtl,
Dr. Christoph Huber, Mag. Christian Eilmsteiner, Linz***

Medizinische Heilbehandlung und Strafrecht – Entwicklungen

1. Einleitung	30
2. Materielles und formelles Strafrecht im Überblick	30
3. Qualitätssicherung durch Strafrecht – aktuelle Reformüberlegungen in der Literatur	37
4. Urteil ohne Verhandlung – das neue Mandatsverfahren	39
5. StGB 2015	41
6. Zum Abschluss: ein umgangenes Thema	43
7. Zusammenfassung	50

Der vorliegende Beitrag behandelt Fragen an der nicht immer friktionsfreien Schnittstelle von Strafrecht und Medizin. Nicht nur die Medizin, sondern auch das Strafrecht (wie Recht generell) ist dynamisch und unterliegt einem ständigen Veränderungsprozess durch Gesetzgebung, Rechtsprechung und Wissenschaft.

1. Einleitung

Ärzte und facheinschlägig tätige Juristen müssen sich, erstere hoffentlich selten, mit strafrechtlichen Fragestellungen auseinandersetzen. Doch auch die Rechtspolitik ist aktuell, da auch für das Medizinrecht/Medizinstrafrecht gilt: Das einzig Gleichbleibende ist der Wandel. Jede Rechtsnorm bedarf der ständigen Überprüfung auf ihre noch gegebene Zweckmäßigkeit. Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden ein kurzer Abriss über einschlägige strafrechtliche und strafprozessuale Vorschriften und über aktuelle Entwicklungen gegeben werden.

2. Materielles und formelles Strafrecht im Überblick

Eine klassische Unterscheidung teilt Recht in materielles und formelles Recht. Heruntergebrochen auf das Strafrecht fasst man unter dem Begriff des materiellen Strafrechts die allgemeinen Merkmale verbotenen Verhaltens (Tatbestandsmäßigkeit, Rechtswidrigkeit, Schuld, Straflosigkeitgründe), die einzelnen Tatbestände (etwa: fahrlässige Körperverletzung) und die Sanktionen (Strafen, vorbeugende Maßnahmen, Rechtsfolgen) zusammen; das formelle Strafrecht regelt die Rechtsdurchsetzung, sohin vorrangig den Strafprozess.³⁷

Fahrlässige Tötung (§ 80 StGB), fahrlässige Tötung unter besonders gefährlichen Verhältnissen (§ 81 StGB) und fahrlässige Körperverletzung (§ 88 StGB³⁸) sind klassische Anklagevorwürfe, denen sich Ärzte in Strafverfahren ausgesetzt sehen können.³⁹ Die Qualifikation des § 81 Abs. 1 Z 1 StGB, die besonders gefährlichen

37 Vgl. Markel, WK-StPO § 1 RN 1.

38 Fahrlässige (leichte) Körperverletzung, § 88 Abs. 1 StGB; fahrlässige (leichte) Körperverletzung, begangen unter besonders gefährlichen Verhältnissen, § 88 Abs. 3 StGB; fahrlässige schwere Körperverletzung, § 88 Abs. 4 1. Fall StGB; fahrlässige schwere Körperverletzung, begangen unter besonders gefährlichen Verhältnissen, § 88 Abs. 4 2. Fall StGB.

39 Vgl. *Burgstaller* in *WK* § 80 RN 52 ff.; allgemeiner Überblick dazu und weitere potentiell relevante Delikte bei *Krückl*, *Spitalsarzt unter Verdacht – ein Beitrag zur effektiven Selbst- und Fremdverteidigung*, in: *Krückl* (Hrsg.), *Vielschichtiges Medizinrecht*, 140 ff. (etwa: Urkunden- und Beweismitteldelikte in Zusammenhang mit der Dokumentation, unrichtige Krankheits- und Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen, Vermögensdelikte ...).

Verhältnisse, erfordert in objektiver und subjektiver Hinsicht die außergewöhnlich hohe Wahrscheinlichkeit des Todes des Patienten, deutlich höher als beim Grundtatbestand.⁴⁰ Kriterium ist nicht die an sich immer gegebene besondere Gefahreneigenschaft der diesbezüglichen ärztlichen Tätigkeit, da ansonsten ärztliches Fehlverhalten immer vor dem Hintergrund der Qualifikation zu prüfen wäre, sondern der Grad des Abweichens der ärztlichen Handlung von der „normalen“ Sorgfaltswidrigkeit, etwa durch einen besonders gefahrenträchtigen Einzelumstand oder durch eine Vielzahl mehrerer, an sich nicht besonders gefährlicher Umstände (Mosaiktheorie).⁴¹ Zu denken ist etwa auch an eine Kombination aus (geringfügiger) Alkoholisierung, Übermüdung und gesundheitlicher Beeinträchtigung eines Operateurs. Im Rechtsinformationssystem des Bundes findet sich lediglich eine Entscheidung zu den Voraussetzungen des § 81 Abs. 1 Z 1 StGB⁴². *Burgstaller*⁴³ erwähnt bei der Erörterung von Fallgruppen, allerdings in Zusammenhang mit § 81 Abs. 1 Z 2 StGB, außerhalb des Straßenverkehrs Ärzte oder medizinische Berufsgruppen nicht einmal.⁴⁴

Gelegentlich nimmt die Staatsanwaltschaft die Qualifikationen der besonders gefährlichen Verhältnisse (§ 81 Abs. 1 Z 1 StGB) im Zusammenhang mit dem Verdacht der fahrlässigen Tötung oder der fahrlässigen schweren Körperverletzung bei möglichem Vorliegen besonders gefährlicher Verhältnisse an (§ 88 Abs. 4 2. Fall StGB), um die Anklage vor dem Einzelrichter des Landesgerichtes anstelle eines Bezirksgerichtes zu verhandeln.⁴⁵ Die (möglicherweise) dahinterstehende Motivation ist, einem bestimmten Richter des Bezirksgerichtes (als erste Instanz) „auszuweichen“ und/oder im Falle einer Berufung die Sache ein Oberlandesgericht⁴⁶ entscheiden zu lassen. Da ein Strafantrag, der beim Einzelrichter eingebracht wird, nicht wie eine Anklageschrift vor dem Schöffengericht oder Geschworenengericht wegen Anrufung eines für die angeklagte Straftat sachlich nicht zuständigen Gerichts (§ 212 Z 5 StPO) mittels Einspruch bekämpft werden kann, ist man in diesem Fall auf ein nicht erzwingbares, eben amtswegiges Vorgehen

40 *Burgstaller* in WK § 81 RN 10 mN.

41 Siehe die Nachweise bei *Krückl*, Spitalsarzt unter Verdacht – ein Beitrag zur effektiven Selbst- und Fremdverteidigung in: *Krückl* (Hrsg.), Vielschichtiges Medizinrecht, 140 FN 8 und jüngst OLG Graz 10 Bs 99/13d.

42 OLG Graz 10 Bs 99/13d; vgl. die wenigen in der KRSIlg veröffentlichten Entscheidungen OLG Wien 2 Bs 468/92 KRSIlg 827; OLG Graz 11 Bs 269/03 KRSIlg 831; OLG Linz 9 Bs 226/02 KRSIlg 835.

43 *Burgstaller* in WK § 81 RN 71.

44 Die KRSIlg kann über den Zeitraum von 30 Jahren 37 Entscheidungen wiedergeben (KRSIlg 801 bis KRSIlg 838), *Krückl*, Spitalsarzt unter Verdacht – ein Beitrag zur effektiven Selbst- und Fremdverteidigung in: *Krückl* (Hrsg.), Vielschichtiges Medizinrecht, 141 FN 11.

45 *Krückl*, Spitalsarzt unter Verdacht – ein Beitrag zur effektiven Selbst- und Fremdverteidigung in: *Krückl* (Hrsg.), Vielschichtiges Medizinrecht, 141.

46 Anstelle eines Landesgerichtes, §§ 31 Abs. 6, 33 Abs. 1 StPO.

des Einzelrichters des Landesgerichtes angewiesen (§ 485 Abs. 1 Z 1 iVm § 450 StPO).^{47 48}

Die Strafdrohung reicht von Freiheitsstrafe bis zu drei Monaten oder Geldstrafe bis 180 Tagessätzen bei (einfacher) fahrlässiger Körperverletzung bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bei durch das Vorliegen besonders gefährlicher Verhältnisse qualifizierter fahrlässiger Tötung.

Der Vollzug von Freiheitsstrafen von nicht mehr als zwei Jahren Dauer kann unter Setzung einer Probezeit zwischen einem Jahr und drei Jahren bedingt nachgesehen werden (§ 43 StGB), der Vollzug einer Geldstrafe zur höchstens der Hälfte (§ 43a Abs. 1 StGB). Eine unbedingte Geldstrafe kann mit einer bedingt nachgesehenen Freiheitsstrafe kombiniert werden (§ 43a Abs. 2 StGB), eine dreijährige Freiheitsstrafe kann zu zwei Drittel bedingt nachgesehen werden (§ 43a Abs. 4 StGB).

Allen diesen Strafen ist gemein, dass sie in das Strafregister aufgenommen werden (§ 2 Z 1 Strafregistergesetz). Sie unterliegen zwar der Tilgung nach dem Tilgungsgesetz (§ 3 Tilgungsgesetz) und der ab Eintragung beschränkten Auskunft (nämlich nur an Gerichte und bestimmte Behörden), wenn die verhängte Freiheitsstrafe drei Monate (§ 6 Abs. 2 Z 1 leg cit) bzw. die Geldstrafe 180 Tagessätze (§ 6 Abs. 2 leg cit) nicht übersteigt.⁴⁹

Neben den Strafen sind die möglichen außerstrafrechtlichen Folgen⁵⁰ einer Verurteilung im Auge zu behalten. Dazu zählen nicht nur Auswirkungen auf Lenkerberechtigung und Jagdschein. Hat ein Arzt mit einer §-2-Kasse einen Einzelvertrag, so erlischt das Vertragsverhältnis mit dem Träger der Krankenversicherung ohne Kündigung im hier nicht relevanten Bereich einer rechtskräftigen Verurteilung wegen einer oder mehrerer mit Vorsatztaten zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe (§ 343 Abs. 2 Z 4 lit a ASVG), wegen einer mit Bereicherungsvorsatz begangenen gerichtlich strafbaren Handlung (§ 343 Abs. 2 Z 4 lit b ASVG) oder, hier relevant, wegen einer im Zusammenhang mit der Ausübung des ärztlichen Berufes wegen groben Verschuldens erfolgten rechtskräftigen Verurteilung

47 *Birklbauer/Mayerhofer*, WK-StPO Vor §§ 210–215 RN 28.

48 Vgl. mutatis mutandis *Birklbauer*, Ist die Befassung von Strafgerichten mit ärztlichen Behandlungsfehlern noch zeitgemäß? Rechtspolitische Betrachtungen, RdM 2009, 251 ff., 255: „...und um zu betonen, dass z.B. besonders angesehene und einflussreiche Mitglieder unserer Gesellschaft diesbezüglich nicht privilegiert sind, werden mitunter auch bei ärztlichen Behandlungsfehlern überdurchschnittlich strenge Sanktionen verhängt“.

49 Zwei Tagessätze entsprechen einem Tag Ersatzfreiheitsstrafe, § 19 Abs. 3 StGB.

50 Siehe dazu *Birklbauer/Jesionek/Rauch*, Nebenfolgen einer gerichtlichen Verurteilung. Rechtslage zum 1. Oktober 2011, RZ 2012, 4 ff.

(§ 343 Abs. 2 Z 5 ASVG).⁵¹ Grobes Verschulden liegt vor, wenn dem Arzt außer-gewöhnliche Fahrlässigkeit⁵² vorgeworfen wurde. § 81 Abs. 1 Z 1 StGB kann dies indizieren, da die besonders gefährlichen Umstände auch ein Schulselement enthalten.⁵³

Eine Abhilfe bietet die diversionelle Erledigung eines Strafverfahrens. Der Begriff der Diversion ist kriminologisch/strafrechtsdogmatisch kein einheitlicher.⁵⁴ Diversionelle Erledigung beinhaltet aber zwingend den Entfall einer förmlicher Verurteilung wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung, genauer das Unterbleiben der urteilsmäßigen Erledigung eines Strafverfahrens durch dessen Einstellung.⁵⁵ Im Rahmen dieser Arbeit bedeutet Diversion Rücktritt von der (Straf-)Verfolgung im Sinne des 11. Hauptstücks der StPO.⁵⁶

Diversionsvoraussetzung ist, dass die Tat nicht den Tod eines Menschen zur Folge gehabt hat (§ 198 Abs. 2 Z 3 StPO). Damit scheidet im Bereich des Medizinstrafrechts Fälle der fahrlässigen Tötung (§ 80 StGB) und der fahrlässigen Tötung unter

-
- 51 *Krückl*, Spitalsarzt unter Verdacht – ein Beitrag zur effektiven Selbst- und Fremdverteidigung in: *Krückl* (Hrsg.), Vielschichtiges Medizinrecht, 166 f. mN. Nur am Rande: Für eine Vertragsgruppenpraxis besteht dann akuter Handlungsbedarf: Sie kann das Erlöschen des Einzelvertrages nur verhindern, wenn sie innerhalb von vier Wochen ab Rechtskraft der gerichtlichen Entscheidung den betroffenen persönlich haftenden Gesellschafter aus der Vertrags-Gruppenpraxis ausschließt (§ 343 Abs. 2 ASVG); gesellschaftsrechtlich muss hier vorgesorgt werden, *Krückl*, Spitalsarzt unter Verdacht – ein Beitrag zur effektiven Selbst- und Fremdverteidigung in: *Krückl* (Hrsg.), Vielschichtiges Medizinrecht, 166 FN 175).
- 52 An das Vorliegen des groben Verschuldens werden strenge Anforderungen gestellt. Eine Fehlbehandlung in einer Ausnahmesituation rechtfertigt die Annahme groben Verschuldens trotz des damit verbundenen Todes des Patienten nicht, Landesberufungskommission für das Land Tirol 4674/33/95 vom 8.11.94, zit. nach *Poperl*, Sozialversicherungshandbuch II, Zu §§ 342 ff RN 6.
- 53 *Burgstaller* in WK § 81 RN 25.
- 54 Vgl. *Burgstaller*, Über die Bedeutung der neuen Diversionsregelungen für das österreichische Strafrecht, in *Miklau/Schroll*, Diversion. Ein anderer Umgang mit Straftaten. Analysen zur Strafprozessnovelle 1999, 12.
- 55 Diversionelle Erledigung ist aber auch kein Freispruch, sondern eine Verfahrenserledigung sui generis.
- 56 Die „Strafprozessnovelle 1999“, BGBl I Nr. 55/1999 (grundlegend dazu Miklau/Schroll, Diversion. Ein anderer Umgang mit Straftaten. Analysen zur Strafprozessnovelle 1999), im Wesentlichen in Kraft getreten mit 1.1.2000, leitete die bereits aus dem Jugendstrafrecht („Jugendgerichtsgesetz 1988 – JGG“, BGBl Nr. 599/1988, siehe zur Entwicklung in Österreich vgl. etwa Schroll/Eisenriegler/Achleitner, Das Linzer Konfliktregelungsmodell, RZ 1986, 98 ff.; Miklau/Schroll, Diversion. Ein anderer Umgang mit Straftaten. Analysen zur Strafprozessnovelle 1999) seit 1.1.1989 ausdrücklich gesetzlich vorgesehene Diversion in das Erwachsenenstrafrecht über. Im Zuge der mit 1.1.2008 in Kraft getretenen Strafprozessreform („Strafprozessreformgesetz“, BGBl I Nr. 19/2004) erfuhr sie eine legislative Überholung.

besonders gefährlichen Verhältnissen (§ 81 StGB, insb. Z 1) als diversionsfähige Delikte aus.^{57 58}

Die unterste Ebene einer diversionellen Erledigung eines Strafverfahrens bildet seine Einstellung wegen Geringfügigkeit. Einstellungsvoraussetzungen sind eine Strafdrohung von nicht mehr als drei Jahren Freiheitsstrafe (und/oder Geldstrafe) und ein geringer Störwert der Tat. Eine Bestrafung oder eine interventionelle Diversion im Sinne des 11. Hauptstücks der StPO dürfen weder spezialpräventiv (i.e. täterbezogen) noch generalpräventiv (i.e. bezogen auf die Allgemeinheit) geboten sein.

Der geringe Störwert seinerseits wird durch die geringe Schuld, das Nachtatverhalten des Beschuldigten sowie sonstige Strafzumessungstatsachen im Sinne des § 32 StGB determiniert. Die geringe Schuld ihrerseits zergliedert sich in das durch den Beschuldigten verursachte deliktstypische Handlungsunrecht und die täterspezifische Schuld.⁵⁹ Der Oberste Gerichtshof hat grundlegend erkannt, dass bei Delikten mit geringeren Strafobergrenzen der Gesetzgeber damit an sich schon einen geringeren sozialen Störwert des Verhaltens zum Ausdruck bringt.⁶⁰ Die Schwelle für die Beurteilung der Schwere eines Verschuldens sei abhängig von der Höhe der Strafdrohung. Es käme beim Vergehen der fahrlässigen Körperverletzung nach § 88 Abs. 1 StGB eine diversionelle Erledigung aufgrund Erreichens des in Rede stehenden Schuldgrades⁶¹ überhaupt nur in besonderen Ausnahmefällen nicht in Betracht. *Schroll*⁶² leitet für fahrlässige Körperverletzungen im Straßenverkehr aus dem Bestehen von privaten Haftpflichtversicherungen und dem aktuellen Ausbaugrad des österreichischen Sozialsystems, die Verletzungsfolgen umfassend abfedern, einen geringen sozialen Störwert ab. Dies muss angesichts der versicherungsrechtlich analogen Situation im Bereich der ärztlichen Heilbehandlung für dort begangene Fahrlässigkeitsdelikte ebenso gelten, da sowohl im niedergelassenen als auch im intramuralen Bereich das Risiko einer

57 Der Gesetzgeber schließt beim Tod eines Menschen als Tatfolge eine diversionelle Erledigung nicht gänzlich aus: Hat eine Jugendstrafat den Tod eines Angehörigen zur Folge, muss bei Vorliegen der übrigen Diversionsvoraussetzungen der Staatsanwalt von der Verfolgung zurücktreten, wenn eine Bestrafung im Hinblick auf die durch den Tod des Angehörigen beim Beschuldigten verursachte schwere psychische Belastung nicht als geboten erscheint (§ 7 (2) Z 2 JGG).

58 Der Tod eines krebserkrankten Patienten, der durch einen nicht schwerwiegenden Kunstfehler zusätzlich zu seinem Leidenszustand eine nicht lebensverkürzende Gesundheitsschädigung erlitten hat, hindert eine diversionelle Erledigung nicht, *Schroll*, WK-StPO § 198 RN 44.

59 *Schroll*, WK-StPO § 191 RN 37.

60 OGH 30.05.2007 15 Os 42/07a JBI 2008, 129 mit zust. Anm. *Burgstaller*; die Entscheidung erging zu § 90a Abs. 2 Z 2 StPO (außer Kraft 31.12.2007); vgl. zum Ganzen *Schroll*, WK-StPO § 191 RN 43.

61 § 90a StPO aF nicht schwere Schuld, analog § 198 Abs. 2 Z 2 StPO.

62 *Schroll*, WK-StPO § 191 RN 43 mN.

zivilrechtlichen Inanspruchnahme durch Patienten mit einer Haftpflichtversicherung abzusichern ist (§ 52d ÄrzteG, § 5c KaKUG⁶³). Das Vorliegen der geringen täterspezifischen Schuld ist unter Anwendung der Kriterien des § 32 StGB im Sinne einer bloß geringen Abweichung vom Maßstab des rechtstreuen Arztes einzelfallbezogen zu bestimmen.⁶⁴ An die Schadensgutmachung – gefordert wird ex lege keine vollständige – sind keine hohen Forderungen zu stellen: Es genügt die Meldung an die Haftpflichtversicherung⁶⁵ bzw. die Einlassung auf ein Verfahren vor der Schiedsstelle für Behandlungszwischenfälle.⁶⁶ Auch auf ein allfälliges Disziplinarverfahren gemäß §§ 140 ff ÄrzteG ist als stöwertmindernd Bedacht zu nehmen.^{67 68}

Liegen die Voraussetzungen für eine Einstellung wegen Geringfügigkeit nicht vor, muss (sozusagen auf der nächsthöheren Stufe) die Staatsanwaltschaft von der Verfolgung einer Straftat zurücktreten, wenn die Straftat in die Zuständigkeit des Bezirksgerichts oder des Einzelrichters des Landesgerichts fällt (§ 198 Abs. 2 Z 2 StPO). Damit sind, von Ausnahmen abgesehen (§ 31 Abs. 2 Z 2 StPO⁶⁹), alle Straftatbestände erfasst, die mit einer fünf Jahre nicht übersteigenden Freiheitsstrafe bedroht sind (§ 31 Abs. 3 Z 1 i.V.m. Abs. 4 StPO).

Die Schuld des Beschuldigten darf nicht als schwer im Sinne des § 32 StGB anzusehen sein (§ 198 Abs. 2 Z 2 StPO). Dabei gilt das zur Einstellung wegen Geringfügigkeit Ausgeführte analog: Das Nachtatverhalten des Beschuldigten sowie sonstige Strafzumessungstatsachen im Sinne des § 32 StGB sind ebenso zu berücksichtigen wie general- und spezialpräventive Aspekte. Die nicht schwere Schuld ihrerseits zergliedert sich in das durch den Beschuldigten verursachte deliktstypische Handlungs- und Erfolgsunrecht und die täterspezifische Schuld.⁷⁰

63 Ausgenommen sind Krankenanstalten in unmittelbarer oder mittelbarer Trägerschaft durch eine juristische Person öffentlichen Rechts, § 5c leg cit.

64 Vgl. *Krückl*, Spitalsarzt unter Verdacht – ein Beitrag zur effektiven Selbst- und Fremdverteidigung in: *Krückl* (Hrsg.), Vielschichtiges Medizinrecht, 170, 172.

65 Vgl. *Schroll*, WK-StPO § 191 RN 53.

66 Rechtsgrundlage für ihre Errichtung ist § 58a ÄrzteG; die Schiedsstellen sind bundesländerweise unterschiedlich organisiert; zu Oberösterreich vgl. www.aekoee.or.at/cms/index.php?id=1051 [20.10.2014].

67 Vgl. *Schroll*, WK-StPO § 191 RN 67.

68 Detaillierter *Krückl*, Spitalsarzt unter Verdacht – ein Beitrag zur effektiven Selbst- und Fremdverteidigung in: *Krückl* (Hrsg.), Vielschichtiges Medizinrecht, 169 f mN.

69 Verbrechen der Tötung auf Verlangen (§ 77 StGB), der Mitwirkung am Selbstmord (§ 78 StGB) und der Tötung eines Kindes bei der Geburt (§ 79 StGB).

70 Vgl. *Schroll*, WK-StPO § 198 RN 9 ff.

Die diversionelle Erledigung eines Strafverfahrens setzt im Ergebnis das „freiwillige“⁷¹ Einverständnis des Beschuldigten voraus (§§ 200 Abs. 5, 201 Abs. 1, 203 Abs. 2, 204 Abs. 4, 205 Abs. 2 StPO), nicht aber ein „Geständnis“. Es reicht die „Übernahme von Verantwortung“,⁷² wobei das Einverständnis des Beschuldigten zur diversionellen Erledigung die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung indiziert.⁷³ Ergibt sich die Notwendigkeit zur Einholung eines Sachverständigen-gutachtens zur Untermauerung des Schuldvorwurfes, muss die Verantwortungs-übernahme erst nach Vorliegen des Gutachtens gegeben sein.⁷⁴

Zusätzlich erforderlich sind alternativ, je nach Vorschlag der Staatsanwaltschaft⁷⁵, die Zahlung eines Geldbetrages (§ 200 StPO), die Erbringung gemeinnütziger Leistungen (§ 201 StPO), der Ablauf einer gesetzten Probezeit, allenfalls in Verbindung mit Bewährungshilfe und der Erfüllung spezieller Pflichten (§ 203 StPO) oder der erfolgreiche außergerichtliche Tatausgleich (§ 204 StPO). In praxi wird die Zahlung einer einkommensabhängigen Geldbuße vorgeschlagen, die der Höhe nach nicht mehr als eine Geldstrafe von 180 Tagessätzen ausmachen darf.

Diversionelle Erledigungen eines Strafverfahrens scheinen nicht im Strafregister auf, der Verdächtige bleibt unbescholten.

71 Kritik zu dieser Scheinfreiwilligkeit schon bei *Krückl*, Anmerkungen zum Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes 1983, ÖJZ 1984, 225; die Drucksituation im Ergebnis nicht leugnend *Schroll*, WK-StPO § 198 RN 9.

72 Vgl. *Schroll*, WK-StPO § 198 RN 4 und RN 36.

73 *Schroll*, WK-StPO § 198 RN 36 mN.

74 *Schroll*, WK-StPO § 198 RN 36.

75 Oder im Stadium der Hauptverhandlung Beschlüsse des Bezirks- oder Landesgerichtes, § 209 Abs. 2 StPO.

3. Qualitätssicherung durch Strafrecht – aktuelle Reformüberlegungen in der Literatur

Ein möglicher Behandlungsfehler kann zwei Reaktionen auslösen. Die Strafverfolgungsbehörden untersuchen, ob ein ärztliches Verhalten objektiv sorgfaltswidrig, subjektiv zurechenbar, rechtswidrig und schuldhaft Leib und Leben bzw. die Gesundheit eines Patienten beeinträchtigt hat. Dabei wird naturgegeben eine retrospektive Betrachtungsweise angewendet. Andererseits muss eine lernende Organisation aus Fehlern Schlussfolgerungen für die Zukunft ziehen.⁷⁶ *Birkbauer*⁷⁷ verweist auf potentielle Konflikte zwischen Strafprozess und gewünschten Lernprozessen (Analysen, strukturellen Änderungen in der Einrichtungen, Änderungen von Abläufen etc.). Aus dem Recht des Beschuldigten, sich zu verteidigen und damit eine Verurteilung zu vermeiden, resultiere ein „defensiv(er) Umgang mit Fehlern“, der „für längere Zeit ein(en) Lerneffekt innerhalb der Organisation verhinder(n)“ könne.

Eine Möglichkeit, diese Zielkonflikte aufzulösen, liegt nach *Birkbauer*⁷⁸ in einer Ausweitung der Anwendbarkeit diversionellen Vorgehens einschließlich der Zulässigkeit einer diversionellen Erledigung bei fahrlässigen Tötungsdelikten. Die organisationsinterne Aufarbeitung könne zu einem geringeren Schuldvorwurf führen, womit das Diversionshindernis der schweren Schuld (§ 198 Abs. 2 Z 2 StPO) entfiere. *Birkbauers* Ableitung ist stringent, weist aber aus der Sicht der Strafverteidigung einen fundamentalen Konstruktionsfehler auf. Sie erfordert als Vorleistung ein konstruktives Mitwirken des Beschuldigten und wohl Offenlegungen („Geständnisse“), ohne dass der Beschuldigte sicher sein kann, dass das Strafverfahren am Ende diversionell erledigt wird. Mancher Strafverteidiger wird dann wohl aus Vorsichtsgründen dem Beschuldigten zu einem defensiven Vorgehen raten, das dann der „lernenden Organisation“ das Lernen erschwert. Es liegt im Ergebnis derselbe Konstruktionsfehler vor, mit dem die (österreichische)

⁷⁶ Diese Verpflichtung ist durch das Verbandsverantwortlichkeitsgesetz – VbVG, BGBl I Nr. 151/2005 abgesichert.

⁷⁷ *Birkbauer*, Ist die Befassung von Strafgerichten mit ärztlichen Behandlungsfehlern noch zeitgemäß? Rechtspolitische Betrachtungen, RdM 2009, 251 ff., 252.

⁷⁸ *Birkbauer*, Ist die Befassung von Strafgerichten mit ärztlichen Behandlungsfehlern noch zeitgemäß? Rechtspolitische Betrachtungen, RdM 2009, 251 ff., 255 ff.

Kronzeugenregelung (§ 209a StPO⁷⁹) behaftet ist: Ein Verfolgungsrücktritt nach Zusammenarbeit des Kronzeugen mit der Staatsanwaltschaft ist durch den Kronzeugen nicht erzwingbar.⁸⁰

*Birkbauer*⁸¹ dachte daher auch eine Erweiterung des „Medizinalpersonenprivilegs“ des § 88 Abs. 2 Z 2 StGB i.d.F. BGBl 60/1974 an. Nach dem „Medizinalpersonenprivileg“ war eine fahrlässige Körperverletzung oder Gesundheitsschädigung nicht strafbar, wenn die Tat keine Gesundheitsschädigung oder Berufsunfähigkeit von mehr als vierzehntägiger Dauer nach sich zog und von einem Arzt in Ausübung der Heilkunde zugefügt wurde.^{82 83} Der Tatbestand der (nicht qualifizierten⁸⁴) fahrlässigen Körperverletzung wurde durch den Strafausschließungsgrund⁸⁵ des § 88 Abs. 2 Z 2 StGB⁸⁶ entschärft. Begingen generell Angehörige eines gesetzlich geregelten Gesundheitsberufes eine Tathandlung, die eine Körperverletzung oder eine Gesundheitsschädigung zur Folge haben, resultiert daraus aber keine Gesundheitsschädigung oder Berufsunfähigkeit von mehr als vierzehntägiger Dauer, so blieben sie straflos (§ 88 Abs. 2 Z 3 StGB a.F.); Zusatzvoraussetzung war das Fehlen eines schweren Verschuldens.

Mit 1.1.2011 entfiel dieser Strafausschließungsgrund (Art. 40 Z 8 i.V.m. Art. 41 Budgetbegleitgesetz 2011, BGBl 111/2010) und wurde mit § 88 Abs. 2 Z 3 StGB i.d.g.F. ein Straflosigkeitsgrund geschaffen, der dann greift, wenn neben dem fehlenden schweren Verschulden ganz allgemein aus der Tat (scl der fahrlässigen

79 Geschaffen mit dem „Strafrechtlichen Kompetenzpaket – sKp“, BGBl I Nr. 108/2010. Die Bestimmung tritt mit Ablauf des 31.12.2016 wieder außer Kraft, § 514 Abs. 12 StPO. Siehe auch jüngst die mediale Äußerung von Kert, derstandard.at/2000006693806/Experten-fordern-Reform-der-Kronzeugen-Regelung [1.11.2014].

80 *Schroll*, WK-StPO § 209a RN 3 („**Opportunitätsinstrument** [Hervorhebung im Original] der öffentlichen Anklägerin“).

81 *Birkbauer*, Ist die Befassung von Strafgerichten mit ärztlichen Behandlungsfehlern noch zeitgemäß? Rechtspolitische Betrachtungen, RdM 2009, 251 ff., 252 ff.

82 § 88 Abs. 2 Z 3 StGB in der Stammfassung enthielt den korrespondierenden Straflosigkeitsgrund für Täter „im Krankenpflegefachdienst, in medizinisch-technischen Diensten oder im Sanitätshilfsdienst“.

83 Nachweise zur Geschichte dieser Bestimmungen bei *Birkbauer*, Ist die Befassung von Strafgerichten mit ärztlichen Behandlungsfehlern noch zeitgemäß? Rechtspolitische Betrachtungen, RdM 2009, 251 ff., 253 FN 7 und *Burgstaller/Schütz* in WK § 88 RN 35 ff.

84 § 88 Abs. 3 und Abs. 4 StGB.

85 Die dogmatische Natur war strittig, vgl. *Burgstaller* in WK § 88 RN 43 ff. und *Burgstaller/Schütz* in WK § 88 RN 43 ff.

86 § 88 Abs. 2 Z 2 StGB wurde durch das „Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz und die Konkursordnung zur Bekämpfung des Sozialbetrugs geändert werden (Sozialbetrugsgesetz-SozBeG)“, BGBl I Nr. 152/2004 im Sinne einer dynamischen Verweisung („Angehöriger eines gesetzlich geregelten Gesundheitsberufes“) neu gefasst, vgl. EB 698 Beil NR XXII. GP, 7.

Körperverletzung) „keine Gesundheitsschädigung oder Berufsunfähigkeit einer anderen Person von mehr als vierzehntägiger Dauer erfolgt“.

*Birkbauers*⁸⁷ Vorschläge jenseits des „alten Medizinalpersonenprivilegs“ halten die Straflosigkeit aller fahrlässigen Körperverletzungen, sohin auch der schweren, für sachlich gerechtfertigt. Voraussetzung sei nach *Birkbauer* die Begehung der fahrlässigen Körperverletzung im Zuge einer Heilbehandlung und das Fehlen eines schweren Verschuldens. Eine solche Regelung de lege ferenda fördere „die systemimmanente Fehleranalyse und -aufarbeitung ... in dem Sinne, dass die Bereitschaft, allfällige Fehler konsequent zu suchen und zu beheben, steige, wenn keine Strafbarkeit drohe“. Für gesetzgeberische Aktivitäten in diese Richtung gibt es derzeit keine Anzeichen, obwohl gerade bei fahrlässig begangenen Handlungen die Verhinderung künftigen unerwünschten Verhaltens Vorrang vor einer (strafrechtlichen) Sanktionierung bereits Geschehenens genießen sollte.

4. Urteil ohne Verhandlung – das neue Mandatsverfahren

Mit 1.1.2015 kommt es zur Wiederkehr des strafrechtlichen Mandatsverfahrens.⁸⁸ Gemäß § 491 StPO kann damit das Gericht im Verfahren vor dem Bezirksgericht und vor dem Landesgericht als Einzelrichter auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Strafe durch schriftliche Strafverfügung ohne vorausgehende Hauptverhandlung festsetzen.⁸⁹ Mit einer Strafverfügung darf grundsätzlich nur eine Geldstrafe verhängt werden. Ist der Angeklagte durch einen Verteidiger vertreten, kann vom Mandatsverfahren Gebrauch gemacht werden, wenn die Strafe nicht mehr als ein Jahr Freiheitsstrafe, zur Gänze gemäß § 43 Abs. 1 StGB bedingt nachgesehen, beträgt (§ 491 Abs. 2 StPO).

Der Einzugsbereich des kommenden Mandatsverfahrens deckt den Großteil möglicher Strafverfahren gegen Ärzte wegen fahrlässiger, auch schwerer Körperver-

87 *Birkbauer*, Ist die Befassung von Strafgerichten mit ärztlichen Behandlungsfehlern noch zeitgemäß? Rechtspolitische Betrachtungen, RdM 2009, 251 ff., 254.

88 Strafprozessänderungsgesetz 2014, BGBl I Nr. 71/2014; vgl. *Krückl*, Zur Wiederkehr des strafrechtlichen Mandatsverfahrens. AnwBl 2014, 517 ff.

89 Zu den sonstigen Voraussetzungen siehe § 491 Abs. 1 Z 1 bis 3 und Abs. 2 StPO; vgl. 181 Beil NR XXV. GP – Regierungsvorlage – Erläuterungen, www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/I/I_00181/fname_353785.pdf [20.10.2014], 18 f.

letzungen und wohl auch mancher fahrlässiger Tötungen im Zuge von Heilbehandlungen ab.

Die möglichen Vorteile einer verurteilenden Verfahrenserledigung ohne eine der Öffentlichkeit zugängliche mündliche Hauptverhandlung liegen auf der Hand, aber ebenso ihre Nachteile. Neben den ersparten Kosten bildet der Entfall einer durch die mögliche Medienberichterstattung sehr stigmatisierenden Hauptverhandlung den großen Vorteil des Mandatsverfahrens.⁹⁰ Dies wurde bereits durch Mayer⁹¹ hinsichtlich der 1873 in Kraft (und mit 31.12.1999 außer Kraft⁹²) getretenen Vorläuferbestimmung zu § 491 StPO so gesehen. Und auch die Nachteile wurden schon zum „Mandatsverfahren alte Fassung“ umfassend beschrieben: Es kollidiert mit den tragenden strafprozessualen Grundsätzen der Unmittelbarkeit, Mündlichkeit und Öffentlichkeit.⁹³

Problematisch ist die dem Opfer eingeräumte Möglichkeit, gegen eine Strafverfügung Einspruch zu erheben (§ 491 Abs. 6 StPO). Ist dieser fristgerecht erfolgt, muss das Gericht eine Hauptverhandlung anberaumen (§ 491 Abs. 8 StPO). Im Ministerialentwurf war m.E. zu Recht noch keine Einspruchsmöglichkeit für das Opfer vorgesehen.⁹⁴ Die Einräumung einer Einspruchsmöglichkeit für das Opfer wird mit der „Berücksichtigung von Opferinteressen“ begründet.⁹⁵ Eine Hauptverhandlung ist nach den Erläuternden Bemerkungen „... jedenfalls dann ... durchzuführen ..., wenn es zielführend erscheint, dem Angeklagten auch mit aller Förmlichkeit, ... , seine Tat vor Augen zu führen. Hier ist nochmals darauf zu verweisen, dass die Rechte und Interessen des Opfers keinen Schaden nehmen dürfen; dieser Anspruch kann effektiv im Wege des Einspruchs auch durchgesetzt werden.“⁹⁶ Mit der Einspruchsmöglichkeit ist dem Opfer aber auch ein Instrument in

90 Krückl, Zur Wiederkehr des strafrechtlichen Mandatsverfahrens. AnwBl 2014, 517 ff., 521; siehe auch ders, Zum Diskussionsentwurf des Bundesministeriums für Justiz „Reform des strafprozessualen Vorverfahrens“: Bedenken gegen das Gesamtkonzept aus anwaltlicher Sicht. AnwBl 2000, 66 ff., 68.

91 Mayer, Commentar zu der Oesterreichischen Strafprozeß-Ordnung [sic] vom 23. Mai 1873. Dritter Theil [sic], 658; Erläuterungen 18: „Vermeidung des öffentlichen Auftritts für den Angeklagten im Rahmen der Hauptverhandlung“.

92 Strafprozeßnovelle [sic] 1999, BGBl I Nr. 55/1999 (Art. I Z 15); vgl. Krückl, Zur Wiederkehr des strafrechtlichen Mandatsverfahrens. AnwBl 2014, 517 ff., 520.

93 Nachweise bei Krückl, Zur Wiederkehr des strafrechtlichen Mandatsverfahrens. AnwBl 2014, 517 ff., 520 FN 37.

94 § 491 Abs. 5 i.d.F. ME, www.justiz.gv.at/web2013/html/default/2c94848545a7d4500145d5ee1e9e0685.de.html [1.11.2014].

95 EB RV 181 Beil NR. XXV. GP, www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/II/I_00181/index.shtml [1.11.2014], 18 f.

96 EB RV 181 Beil NR. XXV. GP, www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/II/I_00181/index.shtml [1.11.2014], 19.

die Hand gegeben, auf unsachliche Weise, mit der Drohung des medialen Prangers, vermeintlich berechnete zivilrechtliche Ansprüche durchzusetzen.

5. StGB 2015

38 Jahre nach dem Inkrafttreten des Strafgesetzbuchs 1975 setzte die damalige Bundesministerin für Justiz Univ.-Prof Dr. Beatrix *Karl* eine Arbeitsgruppe mit der Aufgabenstellung ein, „einen Bericht darüber zu verfassen, welche Änderungen im StGB für erforderlich erachtet werden, um die seit dem Inkrafttreten des StGB 1975 eingetretenen Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere der Werte und Haltungen, aber auch des technischen Fortschrittes im gerichtlichen Strafrecht so abzubilden, dass es auf gesellschaftliche Akzeptanz und Verständnis stößt und auf diese Weise in vollem Umfang die erforderliche Präventionswirkung entfalten kann“.⁹⁷

Aus medizinstrafrechtlicher Sicht betrachtenswert ist der Vorschlag der Arbeitsgruppe, den bisher strafrechtlich einheitlichen Begriff der Fahrlässigkeit auszudifferenzieren in die (unausgesprochen) leichte Fahrlässigkeit und die „grobe Fahrlässigkeit“⁹⁸ (§ 6 Abs. 3 StGB i.d.F. der Empfehlung der Arbeitsgruppe). Grob fahrlässig handelt demnach, „wer ungewöhnlich und auffallend sorgfaltswidrig handelt, sodass der Eintritt eines dem gesetzlichen Tatbild entsprechenden Sachverhaltes als geradezu wahrscheinlich vorhersehbar war“. Damit knüpft man bewusst an den zivilrechtlichen Begriff der groben Fahrlässigkeit an.⁹⁹

Konsequenterweise sollen die „fahrlässige Tötung unter besonders gefährlichen Verhältnissen“ (§ 81 Abs. 1 Z 1 StGB) durch eine „grob fahrlässige Tötung“ (§ 81 Abs. 1 StGB i.d.F. der Empfehlung der Arbeitsgruppe) ersetzt werden und die bisherige fahrlässige Körperverletzung, begangen unter besonders gefährlichen Verhältnissen (§ 88 Abs. 3 StGB), sowie die fahrlässige schwere Körperverletzung, begangen unter besonders gefährlichen Verhältnissen (§ 88 Abs. 4 2. Fall StGB), durch ihr jeweils grob fahrlässig begangenes Pendant.¹⁰⁰ Unangenehm fällt

97 StGB 2015 Bericht der Arbeitsgruppe, www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/III/III_00104/imfname_366604.pdf [19.10.2015], 3. Zur Zusammensetzung der Arbeitsgruppe, siehe dort 4.
 98 StGB 2015 Bericht der Arbeitsgruppe, www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/III/III_00104/imfname_366604.pdf [19.10.2015], 16 ff.
 99 www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/III/III_00104/imfname_366604.pdf [19.10.2015], 18.
 100 www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/III/III_00104/imfname_366604.pdf [19.10.2015], 16 ff.

in diesem Zusammenhang der Bemerkung in den „Erwägungen“ zum Gesetzesvorschlag ein insoliert stehender Satz auf: „Insbesondere grobes medizinisches Fehlverhalten kann in Zukunft strafrechtlich besser erfasst werden“¹⁰¹. Und ob die neue Unterscheidung die Einordnung eines konkreten Verhaltens als leicht oder grob fahrlässig erleichtert, ist fraglich, alleine schon vor dem Hintergrund der Kritik *Reischauers*¹⁰² an der zivilrechtlichen Rechtsprechung zur selben Abgrenzungproblematik. *Reischauer*¹⁰³ verweist auf die Herzoperation, wo „der **kleinste Aufmerksamkeitsfehler**¹⁰⁴, der jedem Chirurgen einmal unterlaufen kann, mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Tod führen“ könne, das Versehen aber ein leichtes sei.¹⁰⁵

Nicht angegangen wurde durch die Arbeitsgruppe die Frage einer möglichen Entkriminalisierung der assistierten Selbsttötung (§ 78 StGB, Mitwirkung am Selbstmord).¹⁰⁶

101 www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/III/III_00104/imfname_366604.pdf [19.10.2015], 18.

102 *Reischauer in Rummel*, Kommentar zum Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch³. 2. Band/Teil 2b, § 1324 RN 3 ff.

103 *Reischauer in Rummel* Kommentar zum Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch³. 2. Band/Teil 2b, § 1324 RN 3.

104 Hervorhebung im Original.

105 Problematisch kann auch die Bindungswirkung der Zivilgerichte hinsichtlich der festgestellten groben Fahrlässigkeit werden, vgl. dazu etwa *Rechberger*, Kommentar zur Zivilprozessordnung⁴, § 411 RN 12. Damit sind Zivilgerichte, auch Landes- als Arbeits- und Sozialgerichte bei Beurteilung von Ansprüchen nach dem Dienstnehmerhaftpflichtgesetz oder bei Bekämpfung von Entlassungen oder Kündigungen gebunden.

106 Siehe StGB 2015 Bericht der Arbeitsgruppe, www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/III/III_00104/imfname_366604.pdf [19.10.2015], 14. Der Bericht geht nahtlos von Überlegungen zu § 76 StGB, Totschlag zu § 79 StGB, Tötung eines Kindes bei der Geburt, über. Vgl. zur Problematik der Kriminalisierung etwa *Moos* in WK-StGB § 78 RN 1 ff. *Birkbauer*, Strafrechtliche Haftung der Gesundheitsberufe, in *Resch/Wallner*, Handbuch Medizinrecht, 303 ff., 327 ff. RN 85 ff. (bes. 331 f RN 95).

6. Zum Abschluss: Ein umgangenes Thema

Die medizinisch nicht indizierte Zirkumzision ist ein offenes rechtliches Problem an den Schnittstellen Medizin, Strafrecht, Ethik und Religion. Der Entwurf eines „Bundesgesetzes, mit dem das Gesetz betreffend die Anerkennung der Anhänger des Islam als Religionsgesellschaft geändert wird“¹⁰⁷ schreibt in § 11 Abs. 4 fest: „Islamische Religionsgesellschaften und ihre Mitglieder sind berechtigt, Kinder und Jugendliche durch alle traditionellen Bräuche zu führen und entsprechend den religiösen Geboten zu erziehen.“¹⁰⁸ Die Erläuterungen werden deutlicher: „Abs. 4 kann seine Wirkung nur insofern entfalten als er nicht mit staatlichen Regelungen in Widerspruch steht. Er umfasst auch die männliche Beschneidung. Diese ist im Islam in der Glaubensquelle, dem Koran, nicht expressis verbis erwähnt. Nach heutiger Lehre ergibt sie sich aus Sure 3,95 „(...) so folgt der Glaubensweise Abrahams (...)“ und für die Sunna wird sie aus einem Hadith als Verpflichtung für jeden muslimischen Vater abgeleitet seine männlichen Nachkommen beschneiden zu lassen“¹⁰⁹.

Vor zwei Jahren gewann (vorübergehend) die Diskussion über die medizinisch nicht indizierte Zirkumzision Bedeutung. Die Staatsanwaltschaft Köln erhob gegen einen Arzt die Anklage, er habe eine andere Person mittels eines gefährlichen Werkzeugs körperlich misshandelt und an der Gesundheit geschädigt¹¹⁰, indem er unter örtlicher Betäubung die Beschneidung eines Vierjährigen mittels eines Skalpells auf Wunsch von dessen Eltern durchführte. Eine medizinische Indikation für diese Operation lag nicht vor. Zwei Tage später wurde das Kind von der Mutter in die Kindernotaufnahme der Universitätsklinik Köln gebracht, um Nachblutungen zu behandeln, die Blutungen wurden dort gestillt. Gegen den vom Amtsgericht

107 69/ME XXV. GP – Ministerialentwurf – Gesetzestext, www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/ME/ME_00069/fname_367084.pdf [21.10.2014].

108 § 11 Abs. 4 ist wortgleich dem § 9 Abs. 4 Gesetz betreffend die Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der Israeliten, RGBI Nr. 57/1890 i.d.F. BGBl I Nr. 48/2012. In den korrespondierenden Erläuternden Bemerkungen kommt das Thema der männlichen Beschneidung überhaupt nicht vor, EB RV 1689 Beil NR. XXIV. GP, www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/I/I_01689/index.shtml [1.11.2014]. Die Erläuternden Bemerkungen meinen lapidar: „Abs. 4 orientiert sich an den erzieherischen Bedürfnissen der Israelitischen Religionsgesellschaft.“, EB RV 1689 Beil NR. XXIV. GP, www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/I/I_01689/index.shtml [1.11.2014], 4.

109 69/ME XXV. GP - Ministerialentwurf - Materialien_zum_Entwurf_Nov_IslamG_2014, www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/ME/ME_00069/fname_367085.pdf [21.10.2014], 5.

110 §§ 223 Abs. 1, 224 Abs. 1 Nr. 2, Alternative 2 [d]StGB.

Köln¹¹¹ gefällten Freispruch legte die Staatsanwaltschaft Köln Berufung ein. Im Berufungsverfahren gegen den geständigen Angeklagten stellte das Landgericht Köln unter anderem ergänzend fest, dass der Angeklagte die Beschneidung aus religiösen Gründen auf Wunsch der Eltern durchgeführt habe. Das gerichtliche Sachverständigengutachten stellte fest, der Angeklagte habe fachlich einwandfrei gearbeitet, es liege kein Behandlungsfehler vor, es gebe aus sachverständiger Sicht jedenfalls in Mitteleuropa keine Notwendigkeit, Beschneidungen vorbeugend zur Gesundheitsvorsorge vorzunehmen. In der Folge sprach das Landgericht Köln¹¹² den Arzt frei¹¹³.

Begründet¹¹⁴ wurde der Freispruch über einen Verbotsirrtum. Die Beschneidung wäre nicht sozialadäquat gewesen, die Eltern und der Beschneider wären nicht entschuldigt, auch das Recht der Eltern auf religiöse Kindererziehung rechtfertige nicht, ihm komme kein Vorrang zu, bei Erteilung der Einwilligung in die Beschneidung sei ein Widerspruch zum Kindeswohl festzustellen. Bei der Abstimmung der betroffenen Grundrechte – Grundrecht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung – Religionsfreiheit – sei der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu beachten. Der Körper des Kindes werde durch die Beschneidung dauerhaft und irreparabel verändert. Diese Veränderung laufe dem Interesse des Kindes, später selbst über seine Religionszugehörigkeit entscheiden zu können, zuwider. Es liege allerdings ein (entschuldigender und damit zum Freispruch führender) Verbotsirrtum des Angeklagten vor. Dieser Verbotsirrtum des Angeklagten, eines frommen Muslims und fachkundigen Arztes, sei unvermeidbar gewesen, da ungeklärte Rechtsfragen vorgelegen seien, die in der Literatur nicht einheitlich beantwortet worden wären.

In Österreich werden selbst Heilbehandlungen als Körperverletzungen angesehen, die eines Rechtfertigungsgrundes bedürfen.¹¹⁵ Die Notwendigkeit des Vor-

111 AG Köln Urteil vom 21.09.2011 528 Ds 30/11, www.justiz.nrw.de/nrwe/ag_koeln/j2011/528_Ds_30_11_Urteil_20110921.html [1.11.2014].

112 LG Köln Urteil vom 7. Mai 2012 Az. 151 Ns 169/1, openjur.de/u/433915.html [1.11.2014].

113 Die Tatbestandsmäßigkeit des Skalpells als gefährliches Werkzeug i.S.d. § 224 Abs. 1 Nr. 2, Alternative 2 [d]StGB wurde unter Verweis auf BGH Urteil vom 22. Februar 1978 Az. 2 StR 372/77 NJW 1978, 1206; und BGH Urteil vom 23. Dezember 1986 Az. 1 StR 598/86 NStZ 1987, 174 verneint.

114 Ausführlich bei Krückl, Gesundheitspolitik – Medizinrecht – Politische Bildung – Aspekte, 33 ff., 34 ff.

115 Für den Kernbereich der ärztlichen Heilbehandlungen inzwischen str. bzw. möglicherweise bereits die Mindermeinung: Birkbauer, Strafrechtliche Haftung der Gesundheitsberufe, in Resch/Wallner (Hrsg.), Handbuch Medizinrecht, 303 ff., 316 RN 43; Burgstaller/Fabrizy in WK § 83 RN 29 ff. Jedenfalls anders aber die zivilrechtliche Betrachtungsweise, siehe Jesser-Huß, Zivilrechtliche Fragen des Arzt-Patienten-Verhältnisses, in Resch/Wallner (Hrsg.), Handbuch Medizinrecht, 97 ff., 104 RN 22 („... ein invasiver Eingriff stets ein Eingriff in das absolut geschützte Rechtsgut der Gesundheit bzw. körperlichen Unversehrtheit ...“).

liegens eines Rechtfertigungsgrundes gilt umso mehr für die medizinisch nicht indizierte Zirkumzision, die somit jedenfalls keine Heilbehandlung darstellt.

Gemäß § 90 Abs. 1 StGB ist eine Körperverletzung nicht rechtswidrig, wenn der Verletzte in sie einwilligt und die Verletzung als solche nicht gegen die guten Sitten verstößt.

Mit dem „Strafrechtsänderungsgesetz 2001“¹¹⁶ erhielt § 90 StGB einen Absatz 3 angefügt (Art. I Z 10 leg cit): „In eine Verstümmelung oder sonstige Verletzung der Genitalien, die geeignet ist, eine nachhaltige Beeinträchtigung des sexuellen Empfindens herbeizuführen, kann nicht eingewilligt werden.“ Die Begründung in den Erläuternden Bemerkungen¹¹⁷ lautete wenig überraschend: „Die gewünschte ausdrückliche Klarstellung, dass weithin unter dem Begriff „weibliche Genitalverstümmelung“ zusammengefasste (Verletzungs-) Praktiken massiv strafbar sind, soll durch die strikte Unbeachtlicherklärung jeglicher Einwilligung der betroffenen Person (welches Motiv auch immer dahinter stehen mag) erzielt werden; dies deshalb, weil zwar kein Zweifel daran besteht, dass es sich dabei um schwere und schwerste Verletzungen handelt, aber offenbar mitunter vermeint wird, dass die Freiwilligkeit der Prozedur gegebenenfalls strafbefreiend wirken könnte. Um diesem – falschen – Eindruck vorzubeugen bzw. entgegenzuwirken wird eine entsprechende Änderung des § 90 StGB, der die Einwilligung in eine Körperverletzung regelt, vorgeschlagen.“ Und weiter: „Diese als (klarstellende) Ausnahmebestimmung zur Einwilligungsfähigkeit von Körperverletzungen gedachte Regelung wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Begutachtungsverfahrens geschlechtsneutral formuliert.“ Die Zirkumzision findet bereits im nächsten Satz der Erläuternden Bemerkungen Beachtung, denn sie führen aus: „An der Rechtslage bezüglich der weit verbreiteten männlichen Beschneidung ändert sich durch die neu vorgeschlagene Bestimmung nichts. Allfälligen Bedenken, dass auf Grund dieser Bestimmung die männliche Beschneidung nunmehr jedenfalls gerichtlich strafbar wäre, ist schon entgegenzuhalten, dass es sich in diesem Fall nur um eine leichte Körperverletzung handelt, die auch nicht geeignet ist, das sexuelle Empfinden zu beeinträchtigen.“¹¹⁸

116 BGBl I Nr. 130/2001.

117 EB 754 Blg NR. XXI. GP.

118 Demgegenüber sind nach den EB 754 Blg NR. XXI. GP die in vielen Ländern verbreiteten Formen der weiblichen Genitalverstümmelung „...meist als schwere Körperverletzung im Sinne des § 84 StGB zu werten oder unter den Tatbestand der Körperverletzung mit schweren Dauerfolgen gemäß § 85 StGB zu subsumieren, wobei hier im Regelfall insbesondere die Tatbestandsmerkmale des Verlustes der Fortpflanzungsfähigkeit (§ 85 Z 1 StGB) und/oder der erheblichen Verstümmelung oder auffallenden Verunstaltung (§ 85 Z 2 StGB) erfüllt sein werden. Nicht selten wird sogar § 87 StGB („Absichtliche schwere Körperverletzung“) mit der – im vorliegenden Zusammenhang – qualifizierten Strafdrohung des Abs. 2 (ein bis zehn Jahre Freiheitsstrafe) vorliegen, weil es dem Täter oder der Täterin gerade auf den Erfolg (i.S. der schweren Dauerfolgen) ankommen wird.“

Die Erläuternden Bemerkungen zur Regierungsvorlage eines „Bundesgesetzes über die Durchführung von ästhetischen Behandlungen und Operationen – ÄsthOpG“ nehmen gleichfalls zur Frage der Zirkumzision Stellung: „Die Beschneidung von männlichen Säuglingen ist jedenfalls als operativer Eingriff zu sehen, der unter den Arztvorbehalt fällt (§ 2 Abs. 2 Z 4 Ärztegesetz 1998). Allerdings handelt es sich hierbei – im Gegensatz zu anderen operativen ärztlichen Tätigkeiten –, zusätzlich um einen religiösen Ritus. Da bei Beschneidungen an männlichen Personen (Circumcisionen) die Vorhaut teilweise oder vollständig abgetrennt wird, stellt dieser Vorgang einen Eingriff in die körperliche Substanz der betreffenden Person dar. Deshalb ist die Circumcision im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 2 Ärztegesetz als „Operation“ anzusehen und somit die Ausführung dieses operativen Eingriffs Ärzten vorbehalten. Obwohl die männliche Beschneidung zweifellos eine Körperverletzung im Sinne des Strafgesetzbuches darstellt, verstößt die Beschneidung an männlichen Säuglingen israelitischer und muslimischer Konfession nicht gegen die guten Sitten, sofern diese nicht gegen den Willen der Eltern durchgeführt wird. Dies deshalb, da es sich um in Österreich anerkannte Religionsgesellschaften handelt, die auf Grund der religiösen Motivation als nicht rechtswidrig anzusehen sein wird, sofern die Einwilligung des Verletzten gemäß § 90 StGB vorliegt. Bei der männlichen Beschneidung handelt es sich jedenfalls nicht um eine ästhetische Operation gemäß § 3 Abs. 1 Z 1“ (scl ÄsthOpG).¹¹⁹

Die Erläuternden Bemerkungen zum Ministerialentwurf eines „Bundesgesetzes, mit dem das Gesetz betreffend die Anerkennung der Anhänger des Islam als Religionsgesellschaft geändert wird“, beschäftigen sich nicht mehr mit der Frage, ob mit der Zirkumzision eine Operation vorliegt, und meinen lapidar: „eine weibliche Genitalverstümmelung, [werde] von einigen fälschlich als Beschneidung bezeichnet“.¹²⁰ Damit differenzieren die Materialien m.E. unzulässigerweise zwischen Genitalverstümmelungen und Beschneidungen.¹²¹

Angesichts des Urteils des LG Köln nahm Fuchs im „Rechtspanorama“ der Presse¹²² Stellung. Die Zirkumzision wird von *Fuchs* unter den Tatbestand der

119 EB 1807 Blg NR. XXIV GP 11.

120 69/ME XXV. GP – Ministerialentwurf – Materialien_zum_Entwurf_Nov_IslamG_2014, www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/ME/ME_00069/fname_367085.pdf [21.10.2014], 5. Zum Israelitengesetz siehe oben FN 71.

121 Zur politischen Sensibilität des Themas, die sich nach dem Urteil des LG Köln auch in diplomatischen und interreligiösen Handlungen gezeigt hat, siehe Krückl, Gesundheitspolitik – Medizinrecht – Politische Bildung – Aspekte, 40 ff. Die völlige Diskussionsverweigerung zum Thema bei der Neufassung des Israelitengesetzes hat wohl auch darin seine Ursache; vgl. FN 71.

122 *Fuchs*, Beschneidung: Religionsfreiheit erlaubt nicht alles, diepresse.com/home/recht/rechtallgemein/1271704/Beschneidung_Religionsfreiheit-erlaubt-nicht-alles?_vl_backlink=/home/recht/rechtallgemein/index.do [1.11.2014].

vorsätzlichen (einfachen) Körperverletzung (§ 83 StGB) subsumiert. Einen ausdrücklichen Erlaubnistatbestand gebe es nicht, es liege auch keine medizinisch indizierte Heilbehandlung vor. Einwilligen in Eingriffe in die körperliche Integrität könne man, wenn überhaupt, immer nur in Bezug auf den eigenen Körper. Die Regelung gegen die Genitalverstümmelungen gebe keine Rechtfertigung der Beschneidung männlicher Säuglinge. Auch Art. 14 StGG¹²³ sei kein Erlaubnistatbestand, da niemand seine Religion so ausüben dürfe, dass er in die körperliche Unversehrtheit einer anderen Person eingreife. Das gelte auch für die Eltern, die die körperliche Unversehrtheit ihrer Kinder zu respektieren hätten. Überhaupt finde jede Grundrechtsausübung ihre Grenze an den Verboten des Strafgesetzes, zumal auch keine Interessenkollision vorliege, da man selbstverständlich seinen Glauben leben könne, ohne andere Menschen zu verletzen. Als Ausweg schlägt *Fuchs* bei der Beschneidung männlicher Säuglinge und Knaben auf Wunsch der Eltern einen Rückgriff auf Gewohnheitsrecht, eingeschränkt „für den engen Bereich des Judentums und des Islam, in dem sich die Beschneidung auf eine jahrhundert- und jahrtausendealte Tradition und Übung stützt“¹²⁴, vor. *Fuchs* fordert auch die Vornahme des Eingriffs unter „einwandfreien medizinischen Bedingungen“ und meint abschließend: „Keinesfalls ergibt sich dadurch ein Freibrief für andere Glaubensausübungen. Einen Säugling zu tätowieren wäre beispielsweise eine strafbare Körperverletzung, auch wenn sie religiös motiviert ist.“¹²⁵

M.E. ist die Argumentation von *Fuchs* nicht tragfähig. Religionen können nach der österreichischen Rechtsordnung (mit Wirkung für den Staat) neu gegründet werden. Das Bundesgesetz über die Rechtspersönlichkeit von religiösen Bekenntnisgemeinschaften¹²⁶ sieht die bescheidmäßige Anerkennung durch das Bundesmi-

123 Art. 14 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December [sic!] 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe [sic!] vertretenen Königreiche und Länder ist seit dem 21.12.1887 unverändert in Geltung und lautet in den relevanten Teilen: „Die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit ist Jedermann gewährleistet. ... Niemand kann zu einer kirchlichen Handlung oder zur Theilnahme [sic!] an einer kirchlichen Feierlichkeit gezwungen werden, in sofern er nicht der nach dem Gesetze hiezu berechtigten Gewalt eines Anderen untersteht.“

124 *Fuchs*, Beschneidung: Religionsfreiheit erlaubt nicht alles, diepresse.com/home/recht/rechtallgemein/1271704/Beschneidung_Religionsfreiheit-erlaubt-nicht-alles?_vl_backlink=/home/recht/rechtallgemein/index.do [1.11.2014].

125 *Fuchs*, Beschneidung: Religionsfreiheit erlaubt nicht alles, diepresse.com/home/recht/rechtallgemein/1271704/Beschneidung_Religionsfreiheit-erlaubt-nicht-alles?_vl_backlink=/home/recht/rechtallgemein/index.do [1.11.2014]. Ähnlich bereits Pichler, Religionsfreiheit – Elternrechte – Kinderrechte, ÖJZ 1997, 450 ff, 453 („...eine – auch in Europa (Spanien seit 711) – seit Jahrtausenden praktizierte Religionsübung zweier seit mehr als hundert (IsraelitenG 1890) bzw. achtzig Jahren (Anerkennung des Islam 1912; ...) in Österreich gesetzlich anerkannter Religionsgesellschaften...“).

126 Bundesgesetz über die Rechtspersönlichkeit von religiösen Bekenntnisgemeinschaften, BGBl I Nr. 19/1998 i.d.F. BGBl I Nr. 78/2011.

nisterium für Unterricht, Kunst und Kultur¹²⁷ vor (§ 2 Abs. 1 leg cit), wenn unter anderem kein Versagungstatbestand (§ 5 Abs. 1 leg cit) vorliegt. Zu versagen ist die Anerkennung, wenn „dies im Hinblick auf die Lehre oder deren Anwendung zum Schutz der in einer demokratischen Gesellschaft gegebenen Interessen der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, Gesundheit und Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer notwendig ist; dies ist insbesondere bei Aufforderung zu einem mit Strafe bedrohtem gesetzwidrigen Verhalten, bei einer Behinderung der psychischen Entwicklung von Heranwachsenden, bei Verletzung der psychischen Integrität und bei Anwendung psychotherapeutischer Methoden, insbesondere zum Zwecke der Glaubensvermittlung, gegeben“ (§ 5 Abs. 1 Z 1 leg cit)“.

Religionen haben keinen rational fassbaren Inhalt, es ist daher dem Staat verwehrt zu werten bzw. zu bewerten.¹²⁸ Wenn vorsätzliche (leichte) Körperverletzungen von Eltern an ihren Kindern „aus religiösen Gründen“ gerechtfertigt wären, gelte dies wegen der Neutralität des Staates den unterschiedlichen Religionen gegenüber und wegen des verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatzes (Art. 7 B-VG)¹²⁹ auch für Neugründungen. Das oben referierte Tätowierungsbeispiel von *Fuchs* wäre ein Beispiel für das Gegenteil dessen, was *Fuchs* vertritt, würde man die „Religionsfreiheit“ so weit interpretieren. Die Existenzdauer eines Kultes kommt als Differenzierungskriterium in der österreichischen Rechtsordnung nicht vor.

Die deutsche „Problemlösung“ lag in der Einfügung eines § 1631d in das „Bürgerliche Gesetzbuch (BGB)“, wonach die Personensorge auch das Recht umfasst, in eine medizinisch nicht erforderliche Beschneidung des nicht einsichts- und urteilsfähigen männlichen Kindes einzuwilligen, wenn diese nach den Regeln der ärztlichen Kunst durchgeführt werden soll. In den ersten sechs Monaten nach der Geburt des Kindes dürfen auch von einer Religionsgesellschaft dazu vorgesehene Personen Beschneidungen durchführen, wenn sie dafür besonders ausgebildet und vergleichbar befähigt sind.

Und das Bundesministerium für Justiz hat „im Hinblick auf die im Zuge eines Urteils eines deutschen Landgerichts zur Frage der strafrechtlichen Relevanz der Vornahme einer Beschneidung eines minderjährigen Knaben mit der religiös motivierten Einwilligung sorgeberechtigter Eltern entstandenen Unsicherheiten“ am

127 Nunmehr Bundesministerium für Bildung und Frauen, Bundesministeriengesetz-Novelle 2014, BGBl I Nr. 11/2014.

128 *Kalb*, Medizinrecht und Religion, in *Resch/Wallner* (Hrsg.), Handbuch Medizinrecht, 985 ff., 995 RN 38.

129 Siehe auch *Walter/Mayer/Kusco-Stadlmayer*, Bundesverfassungsrecht RN 1445 ff.

31. Juli 2012 einen Erlass herausgegeben¹³⁰, indem es gleich eingangs darauf verweist, bislang seien „– soweit überblickbar – keine österreichischen Strafverfahren, geschweige denn Urteile im Zusammenhang mit der rituellen Beschneidung von Knaben bekannt.“ Der Erlass regelt auch vorsorglich, wie vorzugehen wäre, sollte es zu einer Anzeige wegen Körperverletzung kommen: „Es handelt sich im Sinne des § 8 Abs. 1 StAG um eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung, weshalb über Verfahren, denen die hier behandelte Fragestellung zu Grunde liegt, gemäß §§ 8 Abs. 1, 8a Abs. 2 StAG zu berichten wäre.“ Gem. § 8 Abs. 1 StAG¹³¹ haben die Staatsanwaltschaften u.a. über Strafverfahren, an denen wegen der Bedeutung der aufzuklärenden Straftat ein besonderes öffentliches Interesse besteht oder in denen noch nicht hinreichend geklärte Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung zu beurteilen sind, der jeweils übergeordneten Oberstaatsanwaltschaft zu berichten und in diesen Berichten zum beabsichtigten weiteren Vorgehen Stellung zu nehmen. Soweit nicht bloß Strafsachen mit räumlich begrenzter Bedeutung betroffen sind, haben die Oberstaatsanwaltschaften ihrerseits diese Berichte mit einer Stellungnahme, ob gegen das beabsichtigte Vorgehen oder die Art der zur Genehmigung vorgelegten Erledigung ein Einwand besteht, dem Bundesminister für Justiz vorzulegen (§ 8a Abs. 2 StAG), der sodann der berichtenden Oberstaatsanwaltschaft die erforderlichen Anordnungen zu erteilen hat. Die Staatsanwaltschaften sind den Oberstaatsanwaltschaften und diese dem Bundesminister für Justiz weisungsgebunden (§ 2 Abs. 1 StAG).¹³² Einer Weisung an die Staatsanwaltschaft zur Verfahrenseinstellung (§ 190 StPO¹³³) ist damit Tür und Tor geöffnet.¹³⁴

130 Bundesministerium für Justiz, Erlass vom 31. Juli 2012 zur Frage der strafrechtlichen Relevanz der Vornahme einer Beschneidung an Knaben aus religiösen Motiven, BMJ-S120.001/0003-IV/2012, www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Erlaesse/ERL_07_000_20120731_001_120001S_3_IV_12/ERL_07_000_20120731_001_120001S_3_IV_12.html [1.11.2014].

131 Staatsanwaltschaftsgesetz – StAG, BGBl Nr. 164/1986 i.d.g.F.

132 Vgl. dazu Schroll, WK-StPO Vor §§ 19–24 RN 26 ff.; Fabrizy, StPO und wichtige Nebengesetze § 19 Rz 3 f.

133 Strafprozeßordnung [sic!] 1975 i.d.g.F., BGBl Nr. 631/1975.

134 Zur Problematik der Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaften, insb. gegenüber dem Bundesministerium für Justiz, siehe einführend nur Schroll in WK-StPO Vor §§ 19–24 RN 26 ff. und den durch Bundesminister Univ.-Prof. Dr. *Wolfgang Brandstetter* eingerichteten Weisenrat, www.justiz.gv.at/web2013/html/default/2c94848542ec4981014371c569bf0c60.de.html?highlight=true (1.11.2014).

7. Zusammenfassung

Die strafrechtlichen Entwicklungen an der Schnittstelle zur Medizin verlaufen nicht geradlinig. Die historische Privilegierung der Ärzte im Bereich der fahrlässigen (leichten) Körperverletzung wurde zugunsten einer allgemeinen Erklärung der Straflosigkeit fahrlässiger Körperverletzungen mit Folgen von nicht mehr als vierzehn Tagen eingeebnet.

Diversionselle Erledigungen sollen einen konstruktiven Umgang mit Fehlern in medizinischen Einrichtungen erleichtern und Vorstrafen verhindern. Nach Meinung mancher gehörte die Diversion (medizinstrafrechtsbezogen) ausgebaut, um Ärzte zum konstruktiven Umgang zu ermuntern, ohne den Angeklagten aber dann die Gewissheit zu bieten, dass das Verfahren auch wirklich ohne Verurteilung eingestellt wird. Die fehlende verpflichtende Verfahrenseinstellung durch die Anklagebehörde entzieht dem Konzept m.E. den möglichen/gewünschten Erfolg.

Fahrlässigkeitstaten von Ärzten werden vorschnell als qualifiziert gewertet („besonders gefährliche Verhältnisse“ i.d.g.F., „grob fahrlässig“ im Entwurf zu einer Reform des Strafgesetzbuchs) und dies auch noch mit der herausragenden Stellung der Ärzte in der Gesellschaft begründet. Das ist nicht sachgerecht und widerspricht der strafrechtlichen Dogmatik.

Das kommende Mandatsverfahren mit verurteilenden strafrechtlichen Urteilen ohne stigmatisierende Hauptverhandlung nimmt Ärzte etwas aus dem medialen Schussfeld, ermöglicht aber dem Opfer, über den Umweg einer Drohung mit einem Einspruch gegen die Strafverfügung und damit der Erzwingung einer auch medienöffentlichen Hauptverhandlung unsachlichen Druck aufzubauen und gegebenenfalls fragliche Schadenersatzansprüche durchzusetzen.

Eingeknickt ist bzw. einknicken wird der Gesetzgeber bei der Frage des (eben nicht erteilten) Verbots der nicht medizinisch indizierten Zirkumzision an Minderjährigen.

Und an der Aufrechterhaltung der Strafbarkeit der assistierten Selbsttötung (§ 78 StGB) wird als kleinster gemeinsamer politischer Nenner nicht gerüttelt werden.

Literaturverzeichnis

- Birkbauer*, Ist die Befassung von Strafgerichten mit ärztlichen Behandlungsfehlern noch zeitgemäß? Rechtspolitische Betrachtungen, RdM 2009, 251 ff.
- Birkbauer*, Strafrechtliche Haftung der Gesundheitsberufe, in *Resch/Wallner*, Handbuch Medizinrecht (2011), 303 ff.
- Birkbauer/Jesionek/Rauch*, Nebenfolgen einer gerichtlichen Verurteilung. Rechtslage zum 1. Oktober 2011, RZ 2012, 4 ff.
- Birkbauer/Mayerhofer*, WK-StPO Vor §§ 210–215 (2009).
- Burgstaller*, Anmerkung zu OGH 30. 05. 2007 15 Os 42/07a, JBI 2008, 129.
- Burgstaller*, Über die Bedeutung der neuen Diversionsregelungen für das österreichische Strafrecht, in *Miklau/Schroll*, Diversion. Ein anderer Umgang mit Straftaten. Analysen zur Strafprozessnovelle 1999 (1999), 12 ff.
- Burgstaller* in WK § 80 (2001).
- Burgstaller* in WK § 81 (2002).
- Burgstaller/Fabrizy* in WK § 83 (2002).
- Burgstaller/Schütz* in WK-StGB § 88 (2012).
- Fabrizy*, Die österreichische Strafprozessordnung mit dem neuen Vorverfahren und wichtigen Nebengesetzen. 11. Auflage (2011).
- Fuchs*, Beschneidung: Religionsfreiheit erlaubt nicht alles, diepresse.com/home/recht/rechtallgemein/1271704/Beschneidung_Religionsfreiheit-erlaubt-nicht-alles?_vl_backlink=/home/recht/rechtallgemein/index.do [1.11.2014].
- Fuchs/Ratz*, Wiener Kommentar zur Strafprozessordnung (2008).
- Höpfel/Ratz*, Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch. 2. Auflage (2006).
- Jesser-Huß*, Zivilrechtliche Fragen des Arzt-Patienten-Verhältnisses, in *Resch/Wallner* (Hrsg), Handbuch Medizinrecht (2011), 97 ff.
- Kalb*, Medizinrecht und Religion, in *Resch/Wallner* (Hrsg), Handbuch Medizinrecht (2011), 985 ff.
- Krückl*, Anmerkungen zum Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes 1983, ÖJZ 1984, 225 ff.
- Krückl*, Gesundheitspolitik – Medizinrecht – Politische Bildung – Aspekte (2014).
- Krückl*, Spitalsarzt unter Verdacht – ein Beitrag zur effektiven Selbst- und Fremdverteidigung, in: *Krückl* (Hrsg.), Vielschichtiges Medizinrecht (2011).
- Krückl* (Hrsg.), Vielschichtiges Medizinrecht (2011).

Krückl, Zum Diskussionsentwurf des Bundesministeriums für Justiz „Reform des strafprozessualen Vorverfahrens“: Bedenken gegen das Gesamtkonzept aus anwaltlicher Sicht, *AnwBl* 2000, 66 ff.

Krückl, Zur Wiederkehr des strafrechtlichen Mandatsverfahrens, *AnwBl* 2014, 517 ff.

Markel, WK-StPO § 1 RN 1 (2009).

Mayer, Kommentar zu der Oesterreichischen Strafprozeß-Ordnung [sic] vom 23. Mai 1873. Dritter Theil [sic], (1884).

Miklau/Schroll, Diversion. Ein anderer Umgang mit Straftaten. Analysen zur Strafprozessnovelle 1999 (1999).

Moos in WK § 78 (2002).

Pichler, Religionsfreiheit – Elternrechte – Kinderrechte, *ÖJZ* 1997, 450 ff.

Poperl, Sozialversicherungshandbuch II.

Rechberger, Kommentar zur Zivilprozessordnung. 4. Auflage (2014).

Reischauer in *Rummel*, ABGB. 2. Band/Teil 2b. 3. Auflage § 1324 (2004).

Resch/Wallner, Handbuch Medizinrecht (2011).

Rummel, Kommentar zum Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch. 3. Auflage (2004).

Schroll, WK-StPO Vor §§ 19–24 (2014).

Schroll, WK-StPO § 191 (2009).

Schroll, WK-StPO § 198 (2011).

Schroll, WK-StPO § 209a (2011).

Schroll/Eisenriegler/Achleitner, Das Linzer Konfliktregelungsmodell, *RZ* 1986, 98 ff.

StGB 2015 Bericht der Arbeitsgruppe, www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/III/III_00104/imfname_366604.pdf [19.10.2015].

Walter/Mayer/Kusco-Stadlmayer, Bundesverfassungsrecht (2007).